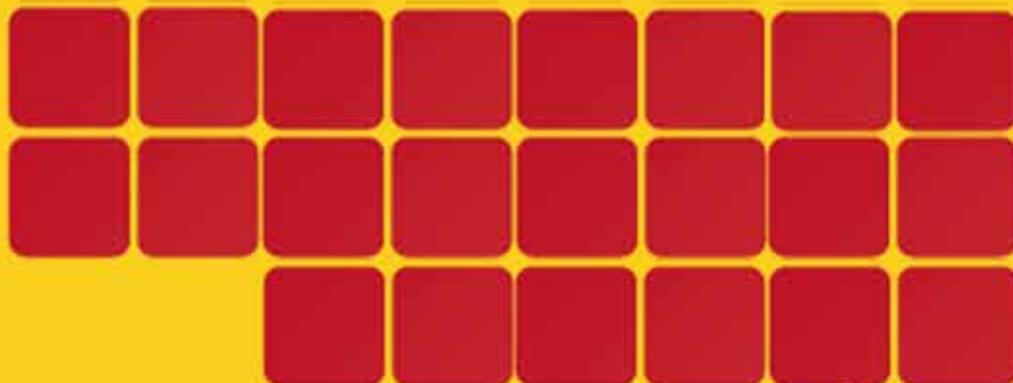




Vertrauensbildung in der OSZE

Sport und der Geist der Zusammenarbeit

Stimmen: Auf die Hilferufe in der Welt hören



**Integration der Roma –
Zeit zu handeln**

Das OSZE-Magazin, das auch online verfügbar ist, wird von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Englisch und Russisch herausgegeben. Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Redaktion: Ursula Froese

Gestaltung: Nona Reuter

Druck: Imprimerie Centrale

Kommentare und Beiträge richten Sie bitte an:
oscemagazine@osce.org

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

A-1010 Wien (Österreich)

Tel.: (+43-1) 514 36-6267

Fax: (+43-1) 514 36-6105

OSZE-Vorsitz 2012: Irland

OSZE-Organe und -Institutionen

Ständiger Rat (Wien)

Forum für Sicherheitskooperation (Wien)

Sekretariat (Wien)

OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit (Wien)

OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Warschau)

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (Den Haag)

Parlamentarische Versammlung der OSZE (Kopenhagen)

Feldoperationen

Südkaucasus

OSZE-Büro in Baku

OSZE-Büro in Eriwan

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Zentralasien

OSZE-Zentrum in Aschgabat

OSZE-Zentrum in Astana

OSZE-Zentrum in Bischkek

OSZE-Büro in Tadschikistan

OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Osteuropa

OSZE-Mission in Moldau

OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

Südosteuropa

OSZE-Präsenz in Albanien

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

OSZE-Mission im Kosovo

OSZE-Mission in Montenegro

OSZE-Mission in Serbien

OSZE-Mission in Skopje

Aus dem Inhalt

3 Vertrauensbildung in der OSZE
Claus Neukirch

6 STIMMEN
Botschafter Geneviève Renaux: Auf die Hilferufe in der Welt hören

DOSSIER: INTEGRATION DER ROMA – ZEIT ZU HANDELN

7 Roma und Sinti im Visier
Andrzej Mirga

8 Eine spürbare Verbesserung bewirken
Rasmus Berndorff

9 Ausbrechen: Ein neues OSZE/EU-Projekt zur Integration der Roma zielt auf Multiplikatorwirkung ab

11 Forschungsgegenstand und Partner zugleich: Interview mit Angela Kóczé

13 Integration der Roma in Serbien
Obrad Grković

14 Lernen in der Romska Mahala in Kosovo
Edita Buçaj

SPORT UND DER GEIST DER ZUSAMMENARBEIT

15 Sieg über Rassismus und Intoleranz im Sport
Larry Olomofe

16 Kinder, das Ghetto und die Faszination des Sports
Valeriu Nicolae

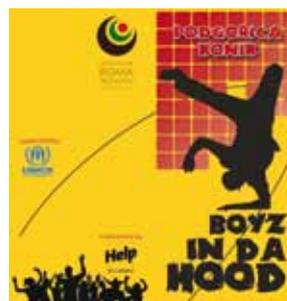
17 Europacup 2012: Ukraine: Rote Karte für Menschenhandel

18 Mini-Paralympics im Kosovo
Hasan Sopa

20 Die OSZE und die Olympische Waffenruhe

21 Konferenzdolmetscher lieben Vortragende, die Ihre Redemanuskripte vorab übermitteln
Javier del Pino

23 Neubestellungen



Auf dem Titel: Boyz in da Hood, eine Rap und Breakdance-Gruppe, die von zwei Musikern aus dem Roma-Flüchtlingslager Konik unweit Podgorica (Montenegro) gegründet wurde, fand Anerkennung als *Best Practice* durch das im Juni dieses Jahres begonnene OSZE/EU-Projekt *Best Practices for Roma Inclusion*. (HELP - Hilfe zur Selbsthilfe e.V.)



Die OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit (CSI) dient der Vertrauensbildung zwischen der Polizei und den Gemeinschaften in Kirgisistan. Hier tauschen sich CSI- und Polizeibeamte in Isfana mit der einheimischen Bevölkerung aus (März 2012). (OSZE/Eric Gourlan)

Vertrauensbildung in der OSZE

von Claus Neukirch

Vertrauensbildung ist das Herzstück der Arbeit der OSZE. Der Begriff entstand in der Zeit des Kalten Krieges als Bezeichnung für Maßnahmen, die im Osten wie im Westen die Angst vor einem Angriff abbauen sollten. Einige der ersten vertrauensbildenden Maßnahmen sind in der Schlussakte von Helsinki zu finden, die 1975 von den 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, Vorgängerin der OSZE) verabschiedet wurde. Nach wie vor bilden sie die Grundlage der geltenden Vereinbarungen, die für Transparenz und Vertrauensbildung zwischen den Teilnehmerstaaten sorgen sollen. Zusätzlich dazu hat die OSZE seit den frühen 1990er Jahren Maßnahmen entwickelt, um in den Teilnehmerstaaten zwischen den unterschiedlichen Gemeinschaften Vertrauen zu schaffen.

In den Anfängen der KSZE ging es bei Vertrauensbildung hauptsächlich um militärische Sicherheit (*hard security*). Die in der Schlussakte von Helsinki und auf den nachfolgenden Treffen in Stockholm und Wien vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) bezogen sich auf militärische Angelegenheiten wie Informationsaustausch, vorherige Ankündigung militärischer Aktivitäten oder Übungen und Begrenzungen für die Dislozierung von Truppen und Waffen in einem bestimmten Gebiet.

Von Anfang an gehörten jedoch auch nichtmilitärische vertrauensbildende Maßnahmen zur OSZE. In Abgrenzung zu den klassischen VSBM oft als vertrauensbildende Maßnahmen bezeichnet, zielen VBM in erster Linie auf die Veränderung von Wahrnehmungen und den (Wieder)Aufbau von Beziehungen zwischen Gegnern ab. Die Schlussakte von Helsinki enthält Bestimmungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie Umwelt, die „zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt beitragen“ sollen. Eigentlich war schon der gesamte Prozess der Gespräche im Vorfeld der Schlussakte von Helsinki eine noch nie da gewesene vertrauensbildende Übung zwischen den beiden Lagern des Kalten Kriegs. Über die Jahre wurden VSBM zunehmend, wenn auch nicht ausschließlich, im Zusammenhang mit innerstaatlichen Konflikten eingesetzt, beispielsweise in Südosteuropa, im südlichen Kaukasus, in Moldau und Kirgisistan.

WAS MACHT EINE GUTE VBM AUS?

VBM können ganz unterschiedlicher Art sein, je nachdem, in welcher Phase des Konfliktzyklus sie eingesetzt werden, wie tief der Konflikt zwischen den beiden Seiten geht und ob sie bei einem innerstaatlichen oder zwischenstaatlichen Konflikt eingesetzt werden. Sie

können ausgehend von der Führungsschicht einem *Top-down-Ansatz* folgen, wie das bei den multiethnischen Mediationsnetzwerken oder grenzüberschreitenden Wassermanagementprojekten der Fall ist, die die OSZE in Kirgisistan unterstützt. Sie können als einseitige, guten Willen signalisierende, Maßnahme beginnen, wie der spontane Kniefall des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt in Warschau 1970 vor einer Gedenkstätte für die Opfer des Aufstands des Warschauer Ghettos gegen die Nazis, oder als internationales Übereinkommen, wie der Vertrag über den Offenen Himmel. Worauf es ankommt ist, dass sie bei den betroffenen Parteien auf allen Ebenen ansetzen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Friedensprozess in Nordirland, wo eine von den betroffenen Gemeinschaften ausgehende Friedensbewegung bei einer führungsbereiten politischen Elite starke Unterstützung fand.

Es liegt in der Natur von VBM, mit kleinen Schritten vorzugehen. Sie müssen bestandfähig sein, damit sie fruchten. Wenn Angst oder Hass zwischen Konfliktparteien bereits tief verwurzelt sind, werden Einmalaktionen oder kurzfristige Projekte wenig bewirken. Vertrauensbildung gelingt am besten mit einer Kombination aus mehreren VBM, die in einem kumulativen Prozess verschiedene Schichten der Gesellschaft einbinden. Wesentliche Elemente sind Gegenseitigkeit und lokale Eigenverantwortung. VBM müssen auch konsequent sein: Wenn widersprüchliche Aktionen und Signale gesetzt werden, zerstören sie unter Umständen mehr Vertrauen als sie schaffen. So wurde beispielsweise in Moldau eine Initiative des damaligen Präsidenten Voronin, der 2007 VBM-Arbeitsgruppen ins Leben gerufen hatte, schon nach kurzer Zeit durch die offizielle Ankündigung der Regierung zunichte gemacht, ab sofort Autofahrer hart zu bestrafen, die auf dem von Chişinău kontrollierten Gebiet mit transnistrischem Kennzeichen angetroffen würden. Nach diesem holprigen Start wurde die Politik dann aber auf beiden Seiten etwas schlüssiger, sodass der VBM-Prozess in Moldau fünf Jahre später erfolgreich auf Schiene ist.

WAS VBM NICHT LEISTEN KÖNNEN

VBM können für sich alleine genommen keinen Konflikt lösen. Sie können die eigentlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen eines Konflikts nicht ausmerzen. Sie werden die bestehenden Machtverhältnisse nicht ändern und wahrscheinlich auf die Kerninteressen der Akteure eines Konflikts geringe Auswirkungen haben.

Ob sie überhaupt in Gang kommen, hängt vom politischen Willen, den finanziellen und personellen Möglichkeiten und den herrschenden Einstellungen der Beteiligten ab.

Und selbst wenn das gelingt, bleibt noch eine Vielzahl möglicher Hindernisse. Böswillige können einen Prozess scheitern lassen, der ihnen nicht genehm ist oder ihre Partikularinteressen zu gefährden scheint. Gesetzliche Vorgaben oder Änderungen derselben kommen mitunter einer kreativen Lösung in die Quere. Hindernisse könnten auch von einem politischen Umschwung ausgehen, der möglicherweise von nicht unmittelbar konfliktrelevanten Fragen ausgelöst wurde.

VBM sind kaum mit einem Umfeld kompatibel, in dem Rechtsstaatlichkeit und Rechtsprechung nur schwach verankert und Verletzungen der Menschenrechte an der Tagesordnung sind, insbesondere dann, wenn sie als gezielt gegen eine Gruppe gerichtet wahrgenommen werden; oder wenn die Gerichte Teilen der Bevölkerung das Gefühl vermitteln, dort keine Gerechtigkeit finden zu können. Es ist auch unwahrscheinlich, dass Menschen sich an VBM beteiligen, wenn sie befürchten müssen, dadurch eine Festnahme oder Haftstrafe zu riskieren.

OSZE-ERFOLGE

Trotz dieser Fallstricke ist es der OSZE mit ihren Feldoperationen und Institutionen gelungen, eine ganze Reihe von VBM im gesamten OSZE-Raum und in allen drei Dimensionen der Sicherheit umzusetzen. Einige Beispiele:

Vertrauensbildung erfolgt am besten durch die Kombination mehrerer VBM, die verschiedene Schichten der Gesellschaft in einem kumulativen Prozess erreichen.



- In Kirgisistan erleichterte die Initiative für kommunale Sicherheit Projekte für einen partnerschaftlichen Umgang zwischen Polizei und Öffentlichkeit, die den Dialog zwischen der Polizei und den örtlichen Gemeinschaften sowie zwischen der kirgisischen und der usbekischen Volksgruppe wiederherstellen sollen. In einem eigenen Projekt hat die Außenstelle Osch des OSZE-Zentrums in Bischkek ein Pilotprojekt mit multiethnischen Mediatorenteams aufgenommen, die bei unerschwelligen und akuten Konflikten zwischen der kirgisischen und usbekischen Gemeinschaft mittels Mediation für Frühwarnung und Konfliktverhütung sorgen.
 - In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wäre es ohne die Tätigkeit der vertrauensbildenden Beobachter der dortigen OSZE-Feldmission und ohne das Polizeireform-Programm der Mission nicht zur Herstellung des Vertrauens gekommen, das die Voraussetzung dafür war, dass nach dem gewalttätigen Konflikt zwischen den albanisch-stämmigen Kämpfern und den Sicherheitskräften des Staates von 2001 erneut Polizeikräfte in albanischen Siedlungsgebieten stationiert werden konnten.
 - In Südserbien und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien hat der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten gemeinsam mit den OSZE-Feldoperationen in den letzten zehn Jahren durch Förderung mehrerer multiethnischer Bildungsprogramme in beiden Ländern dazu beigetragen, Vertrauen zwischen den Vertretern der Mehrheitsbevölkerung und der Minderheit aufzubauen.
 - Nach der Einigung im Rahmen der Internationalen Genfer Gespräche im Jahr 2010 begann die OSZE mit der Verwirklichung von EU-finanzierten Wasserprojekten in den vom Georgien-Konflikt im August 2008 betroffenen Gebieten. Die Projekte verfolgen das Ziel, den Menschen von beiden Seiten den Zugang zu Wasser zu erleichtern. Sie tragen auch zur Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit in praktischen Fragen bei, was den Menschen auf beiden Seiten zugutekommt und für dauerhafte Stabilität in dieser Gegend wesentlich ist.
 - In Moldau leistete die OSZE-Mission einen wesentlichen Beitrag zur Förderung und Unterstützung der Arbeit der gemeinsamen VBM-Gruppen, in denen moldauische Amtsträger mit ihren Kollegen aus Transnistrien zusammenkommen. Die Mission bemühte sich ihrerseits darum, Journalisten, die Zivilgesellschaft und die örtliche Bevölkerung auf beiden Seiten einzubinden, und unterstützte zu diesem Zweck gemeinsame Konzerte, Sommerschulen, Sportveranstaltungen und Projekte für Journalisten von beiden Ufern des Dnjestr/Nistru.
 - In Zentralasien förderten die Feldoperationen und das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE (OCEEA) die Vertrauensbildung auf lokaler und regionaler Ebene durch grenzüberschreitende Wassermanagementinitiativen wie die zwischenstaatliche Kommission für koordinierte Wasserverwaltung des Tschui-Talas-Flussgebiets durch Kasachstan und Kirgisistan.
 - Im Südkaukasus förderte das OCEEA die Vertrauensbildung durch gemeinsame Projekte zur Bekämpfung von Wald- und Buschbränden, an denen unter anderem Feuerwehrleute aus Russland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan teilnehmen.
- Nicht alle diese VBM waren gleichermaßen erfolgreich. Aber jede von ihnen half mit, Trennendes zu überwinden, Kommunikationskanäle zu öffnen und das Vertrauen zwischen den Seiten zu stärken – lauter Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden.

Claus Neukirch ist Stellvertretender Direktor der Abteilung Unterstützung von Einsätzen im Konfliktverhütungszentrum des OSZE-Sekretariats. Der 2012 veröffentlichte OSCE Guide on Non-military Confidence Building Measures (VBM) ist über <http://www.osce.org/cpc/91082> einsehbar.



Der VBM-Prozess in Moldau deckt ein breites Spektrum an Fragen ab, das von der Verbesserung der Schienen- und Fernmeldeverbindungen über den Austausch von Informationen zwischen Strafverfolgungsbehörden bis zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitseinrichtungen für die Menschen in Transnistrien reicht; offizielle Vertreter und Wirtschaftstreibende beider Seiten sind am Prozess beteiligt. Darüber hinaus fördert die OSZE-Mission in Moldau Kontakte an der Basis zwischen der Bevölkerung beiderseits des Flusses, wofür sie kulturelle Veranstaltungen, Sommerkurse, Workshops und gemeinsame Medienprojekte veranstaltet.

Ganz links: der moldauische Ministerpräsident Vladimir Filat (links) und der Führer Transnistriens Jewgeni Schewtschuk im Gespräch am Rande einer OSZE-Konferenz in der deutschen Stadt Rottach-Egern am 20. Juni 2012.

Mitte: Junge Musiker von beiden Seiten des Dnjestr/Nistru bei gemeinsamen Konzerten in Perwomaisk and Chişinău am 17. und 20. Mai 2011, die im Rahmen einer Serie kultureller Veranstaltungen der OSZE-Mission in Moldau stattfanden und Vertrauen diesseits und jenseits des Flusses aufbauen sollen.

Rechts: Eine Schaffnerin im Bahnhof Chişinău. Die Strecke für den Passagierverkehr zwischen Chişinău und Odessa durch Transnistrien wurde im Oktober 2010 wiedereröffnet. (Fotos: OSZE/Igor Schimbător)

Stimmen

Botschafterin Geneviève Renaux

Auf die Hilferufe in der Welt hören

Ein Weiser wurde eines Tages gefragt, wie man den Frieden auf unserem schönen Planeten fördern könne. Er antwortete: „Man muss sich Zeit nehmen, um auf die Hilferufe in der Welt zu hören.“

Eines der größten Verdienste der OSZE ist es in der Tat, sich Zeit zu nehmen, um auf die Hilferufe aus ihrer Region und ihren Nachbarländer zu hören. Jede Woche nehmen wir uns im Ständigen Rat Zeit, alle unsere Besorgnisse in Bezug auf Sicherheit darzulegen und alle möglichen Lösungsvorschläge anzuhören. Dieser regelmäßig stattfindende politische Dialog und die vielen anderen konkreteren Sitzungen, bei denen wir auch bewährte Verfahrensweisen und Erfahrungen aus der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in den drei Dimensionen austauschen, helfen die Transparenz in unseren politischen Beziehungen zu stärken, was wiederum zum Aufbau von gegenseitigem Vertrauen beiträgt.

Einige mögen es – besonders in Zeiten der Finanzkrise – für einen Luxus halten, sich Zeit zu nehmen, um auf die Hilferufe in der Welt zu hören. Dabei wird jedoch vergessen, dass gerade die Tatsache, dass man sich nicht immer Zeit nimmt, um auf die Hilferufe in der Welt zu hören, zu Entscheidungen geführt hat, die sich heute als überstürzt und vor allem nicht als den vielen aktuellen

Veränderungen angemessen herausstellen.

Die Bereitschaft zuzuhören, die Entwicklung von Transparenz und der Aufbau von Vertrauen sind die drei Schlüsselkonzepte der OSZE.

Gleichzeitig sind das aber auch drei wesentliche Kriterien für jede konstruktive Beziehung zwischen Menschen. Und hier liegt auch eine der Stärken der OSZE: dass es ihr gelungen ist, Rezepte für gelungene zwischenmenschliche Beziehungen auf die Ebene zwischenstaatlicher Beziehungen und der multilateralen Zusammenarbeit zu übertragen. Das hilft auch heute noch dabei, für den friedlichen Übergang von der Geisteshaltung des kalten Krieges zur Denkweise einer zunehmend globalisierten Welt zu sorgen. Einer neuen Welt, in der Vielfalt die Norm ist und in der unsere Bereitschaft zuzuhören entscheidend ist, um potenziellen Konflikten vorzubeugen. Auch aus diesem Grund zeigen unsere Kooperationspartner zunehmend Interesse an diesen vertrauensbildenden Maßnahmen, so zum Beispiel mit der Verabschiedung von sieben Maßnahmen im Rahmen des Istanbul-Prozesses zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit mit Afghanistan Mitte Juni in Kabul. Dabei wurde deutlich, dass vertrauensbildende Maßnahmen unterschiedlicher Art sein können: vier der sieben Maßnahmen betreffen die zweite, die Umwelt- und Wirtschaftsdimension. Ebenfalls von entscheidender Bedeutung in diesem Zusammenhang wird unsere Bereitschaft sein, andere – egal ob Mann oder Frau – zu respektieren und ihnen auf Augenhöhe zu begegnen, so wie man es für sich selbst möchte.

Somit hoffe und wünsche ich, dass der Geist der OSZE in allen ihren Teilnehmerstaaten und darüber hinaus unter ihrer Bevölkerung, egal welcher Herkunft, gedeihen möge. Damit zukünftige Generationen öfter als wir in die glückliche Lage kommen – obschon es uns während des Korfu-Prozesses, der Vorbereitungen für den Gipfel von Astana, des V-V-Dialogs und auf unserem Weg nach Dublin zumindest ab und zu gelungen ist –, auch das Lachen, das spontane Lachen, in der Welt zu vernehmen und ihm zuzuhören.

Botschafterin Geneviève Renaux war von Juli 2008 bis Juli 2012 Ständige Vertreterin Belgiens bei der OSZE. Derzeit ist sie im belgischen Außenministerium Leiterin der Abteilung Vereinte Nationen.



René Magritte, „La chambre d'écoute“, 1958
© Photothèque R. Magritte - ADAGP, Paris 2012



Ein junger Rom in Hejoszalonta in Nordost-Ungarn beobachtet Polizisten, die an einer Anti-Roma-Demonstration der rechtsradikalen Jobbik-Partei teilnehmen, 2. April 2011.

Roma und Sinti im Visier

von Andrzej Mirga

Das letzte Jahrzehnt war eine Zeit der Hoffnung für Roma und Sinti. Ein Jahrzehnt unzähliger Initiativen und Programme, wie der OSZE-Aktionsplan 2003 zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet, in dem beträchtliche Summen in die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse fließen sollten. Die Ergebnisse jedoch waren zu wenige und zu wenig konkret, um die Lebensbedingungen dieser Gemeinschaft nachhaltig zu verändern.

Dagegen hat in einigen Ländern die Gewalt gegen Roma und Sinti massiv und bedrohlich zugenommen, was internationale Organisationen zu einem Appell an die Regierungen veranlasste, sich stärker um die Förderung der gesellschaftlichen Eingliederung von Roma und Sinti zu bemühen.

Die im Büro der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) angesiedelte Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti kam nach ihrer fast zwanzigjährigen Tätigkeit zu dem ebenso einfachen wie besorgniserregenden Schluss, dass man die Beteiligten nur mit allergrößter Mühe dazu bringt, nicht nur Lippenbekenntnisse abzugeben.

Die Entwicklung der letzten Jahre ist äußerst besorgniserregend. Überraschend wenig kümmert man sich darum, wie die Wirtschafts- und Finanzkrise die ohnehin schwierige Situation der Roma und Sinti verschlimmert.

Einige der Probleme sind sehr tief verwurzelt. Es gibt keine schnelle Lösung für das niedrige Bildungsniveau und die bedrohlich hohe Arbeitslosenrate unter Roma und Sinti oder für die Diskriminierung, der sie regelmäßig in allen Bereichen des Lebens ausgesetzt sind.

Andere Probleme hingegen sind neu und eindeutig auf die allgemeine Zunahme sozialer Spannungen im Gefolge der anhaltenden wirtschaftlichen Nöte zurückzuführen. Romafeindlichkeit hat ein neues Gesicht. Gewalt tritt nicht mehr nur als spontane Entladung von Spannungen innerhalb der Gemeinschaft auf. Sie wird vorsätzlich und geplant eingesetzt, um ortsansässige Roma zu verjagen oder

um „für Recht und Ordnung zu sorgen“. Proteste oder Märsche gegen Roma und Sinti ziehen Zuschauer und Sympathisanten in großer Zahl an – am Lande wie in der Stadt. So kamen im August in Devecser, einem Dorf in Westungarn, über 1000 Menschen zu einer von der rechtsextremen Partei Jobbik und rechtsextremen Bürgerwehren organisierten Demonstration gegen Roma zusammen. Um an Einfluss zu gewinnen, bedienen sich populistische Neonazi-Gruppen bewusst einer Anti-Roma-Ideologie.

Immer öfter sind Mitglieder der Gemeinschaften der Roma und Sinti Angriffen ausgesetzt, die von Hass motiviert sind, manche von ihnen mit tödlichem Ausgang. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Im Juni wurden in Hurbanova (Slowakei) drei Roma von einem Polizisten erschossen, der nicht im Dienst war; ebenfalls im Juni kam ein Rom in Sandanski (Bulgarien) ums Leben, als vor dem Parteilokal einer Roma-Partei eine Bombe explodierte. Die Gewalt beschränkt sich nicht nur auf osteuropäische Länder. Die Spannungen im Zusammenhang mit Roma-Migranten führten auch in diesem Jahr wieder zu Anschlägen in Frankreich und Italien.

Es ist beunruhigend, dass die romafeindliche Rhetorik in einigen OSZE-Teilnehmerstaaten zunehmend Eingang in den politischen Diskurs findet – auf nationaler wie auf lokaler Ebene. Wenn in manchen Staaten die Behörden die Migration von Roma und Sinti als eine Frage der öffentlichen Sicherheit behandeln, wenn Betteln zunehmend kriminalisiert wird oder als typisches Merkmal der Roma-Kultur gilt, fördert man damit ein Sündenbock-Denken, das im Extremfall zu offener Feindseligkeit und Gewalt führen kann. Bisher konzentrierten die OSZE und andere internationale Organisationen ihre Bemühungen auf die jungen Demokratien, die gerade eine Krise erleben oder hinter sich haben, doch müssen jetzt auch die gefestigten Demokratien einbezogen werden.

Solange es kein Mittel gegen die Konjunkturertrübung gibt, die die gesamte OSZE-Region betrifft, wird der Kampf gegen Hassverbrechen an Roma und Sinti wohl weitergehen müssen.

Die Europäische Union (EU) hat in den letzten Jahren wichtige Schritte zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti unternommen. Sie hat eine Plattform zur Eingliederung der Roma als Forum für die Diskussion und den Austausch bewährter Methoden geschaffen und zwei EU-Gipfel zum Thema Roma abgehalten (Brüssel 2008 und Córdoba 2010), die Europäische Kommission hat eine Roma-Task-Force eingesetzt, das Europäische Parlament und der Europäische Rat haben mehrere Beschlüsse mehrere Entschlüsse über Roma verabschiedet. In ihrer jüngsten Mitteilung über nationale Strategien zur Integration der Roma vom Mai 2012 stellt die Kommission fest, dass, „größere Anstrengungen (...), konkretere Maßnahmen, klare Zielvorgaben für messbare Ergebnisse, eindeutig zweckgebundene Finanzmittel auf nationaler Ebene und ein solides nationales Monitoring- und Evaluierungssystem“ notwendig sind.

Diese Forderung kommt jedoch zu einem Zeitpunkt, da die Regierungen die Staatsschulden drastisch reduzieren, die öffentlichen Ausgaben beschneiden und Sparprogramme umsetzen müssen. Sehr

wahrscheinlich werden die Politiker unter dem Druck drohender Budgetkürzungen zögerlich reagieren, vielleicht sogar der Versuchung erliegen, die bisherigen sozialen Strategien ganz einzustellen.

Kurz- und mittelfristig ist daher Grund zu Besorgnis gegeben, denn die Verstöße gegen die Menschenrechte der Roma und Sinti werden weiter zunehmen. Für eine wirksame Umsetzung der Verpflichtungen zur Eingliederung der Roma zu sorgen, wird auch in Zukunft eine große Herausforderung bleiben.

Andrzej Mirga ist Erster Berater der Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti im BDIMR/OSZE.

Eine spürbare Verbesserung bewirken

von Rasmus Barndorff

Man kann die Lebensbedingungen der Roma im OSZE-Raum nur dann verbessern, wenn man sich mit den sozioökonomischen Bedingungen und den Problemen der Diskriminierung zugleich auseinandersetzt. Man kann diese beiden Fragen einfach nicht unabhängig voneinander betrachten. So lautete eine der Schlussfolgerungen eines Symposiums unter dem Titel *To Make a Tangible Difference to Roma People's Lives*, das am 22. Juni 2012 der dänische EU-Vorsitz gemeinsam mit der OSZE-Delegation der EU und der EU-Agentur für Grundrechte (FRA) am Sitz der OSZE in der Wiener Hofburg. Die teilnehmenden Regierungsdelegationen, internationalen Organisationen und NGOs unterstrichen die Notwendigkeit, Aktionspläne für die Eingliederung der Roma nicht nur zu diskutieren, sondern auch tatsächlich umzusetzen.

FRA-Direktor Morten Kjaerum stellte eine programmatische Erhebung vor, die in diesem Jahr in elf EU-Mitgliedsländern durchgeführt wurde und ein bestürzendes Bild ergibt. In einigen Ländern leben mehr als 50% der Roma in einem Haushalt, in dem zumindest einmal im vergangenen Monat eine Person hungrig zu Bett gehen musste. Mindestens achtzig Prozent leben in armutsgefährdeten Haushalten. „Wohin wir auch sehen, die Roma leben in schlechteren Verhältnissen als die Nicht-Roma in ihrer Umgebung“, stellte Kjaerum fest.

„Die OSZE ist die einzige Institution, die sich mit dieser Frage uneingeschränkt auseinandersetzen und sich mit den notwendigen Aufgaben befassen kann“, erläuterte Želko Jovanović, Direktor von *Open Society Roma Initiatives*. „Romafeindliche Parolen hört man nicht nur vom äußerst rechten Rand des politischen Spektrums, sondern auch von den Entscheidungsgremien. Deshalb ist es vielen Regierungen auch nicht gelungen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Die OSZE sollte die negative Wahlkampfretorik als einen Faktor, der zu Romafeindlichkeit beiträgt, thematisieren“, forderte er.

„Es ist wichtig, dass wir auf den zahlreichen bisherigen Erfahrungen aufbauen und dem Thema auch in Zukunft einen Platz ganz oben auf der Agenda, auch in der OSZE, einräumen“, fasste der Botschafter Dänemarks bei der OSZE, Torben Brylle, die Frage zusammen.

Rasmus Barndorff war politischer Berater der ständigen Vertretung Dänemarks bei der OSZE in Wien. Die FRA-Erhebung „The Situation of Roma in 11 Member States“ ist unter http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/FRA-2012-Roma-at-a-glance_EN.pdf zu finden.

Der OSZE-Aktionsplan für Roma und Sinti

Der OSZE-Aktionsplan zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet, der von den Teilnehmerstaaten 2003 verabschiedet wurde, enthält konkrete Empfehlungen auf Basis des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung in Bezug auf folgende Punkte:

- Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, einschließlich durch Gesetzgebung und Rechtsdurchsetzung, Polizei und die Medien
- Behandlung sozioökonomischer Fragen, darunter Wohnungswesen und Lebensbedingungen, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Probleme sowie Gesundheitswesen
- Verbesserung des Zugangs zu Bildung
- Verstärkung der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben
- Gewährleistung der Rechte von Roma und Sinti in und nach Krisensituationen

2008 veröffentlichte das BDIMR/OSZE einen Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Aktionsplans durch die Teilnehmerstaaten. Ein zweiter Zwischenbericht ist für nächstes Jahr anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Aktionsplans geplant.

Weitere Informationen über die Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti und Links zum Aktionsplan und zu einschlägigen Publikationen sind unter <http://www.osce.org/odihr/roma> zugänglich.

Ausbrechen

Ein neues OSZE/EU-Projekt zur Integration der Roma zielt auf Multiplikatorwirkung ab

Das Flüchtlingslager Konik am Stadtrand von Podgorica, der Hauptstadt von Montenegro, beherbergt mehr als 2000 Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo, die nach dem Konflikt von 1999 hier strandeten. Redzep Beganaj und seine Familie fanden wie viele andere zuerst in Deutschland sichere Aufnahme, ehe sie für die Rückführung ausgewählt wurden. Redzep, der seine Kindheit in Deutschland verbrachte und dort zur Schule ging, war in Konik mit einer zweifachen Ausgrenzung konfrontiert: von den Montenegrinern, weil er Roma war, und von den Roma, weil er hauptsächlich Deutsch sprach. Zum Glück hatte er seine Musik. Er liebte Rap und begann, Songs über das Leben im Ghetto zu schreiben. Er tat sich mit einem anderen jungen Roma-Musiker zusammen, der so wie er aus Deutschland kam und ein Hip Hop Fan war; gemeinsam gründeten sie eine Band, der sie den Namen Boyz in da Hood gaben, nach dem gleichnamigen amerikanischen Kultfilm von 1991, der das Leben im Armenviertel South Los Angeles in Kalifornien schildert.

Boyz in da Hood nahmen ein paar Songs auf und schon bald scharten sich andere Jugendliche um sie, die mit ihnen sangen und tanzten. Eine deutsche NGO namens HELP finanzierte einige Workshops und Tanzkurse, die Boyz in da Hood im Lager veranstalteten. Und dann Auch eine Girls Group mit jungen Mädchen unter 15 kam zustande, was eigentlich ein kleines Wunder ist, wenn man bedenkt, dass nach wie vor viele Mädchen noch sehr jung zwangsverheiratet werden.

Durch diese Tanzkurse kam etwas zustande, was man in Konik niemals für möglich gehalten hätte: Junge Mädchen aus dem Roma-Lager und Nicht-Roma-Mädchen aus dem benachbarten Dorf Vrela Ribnicka besuchen diese Kurse gemeinsam. Bis dahin hatte es so gut wie keine Kommunikation zwischen den beiden Gemeinschaften gegeben; im besten Fall ignorierte man einander. Heute holen die Eltern abwechselnd die Mädchen nach dem Kurs ab und bringen sie nach Hause.

Diese Erfolgsgeschichte ist umso bemerkenswerter, als sie in einer Zeit spielt, in der die Aussichten für die Eingliederung der Roma alles andere als gut sind. Zur Halbzeit des Jahrzehnts der Integration der Roma (2005 – 2015) bleiben viele der von den OSZE-Teilnehmerstaaten und

der Europäischen Union verabschiedeten Programme hinter den Erwartungen zurück.

Aus dieser Erkenntnis entwickelten OSZE und EU gemeinsam ein ehrgeiziges Regionalprojekt für den Westbalkan in einer Größenordnung von 3,3 Millionen Euro unter der Bezeichnung *Best Practices for Roma Integration* (BPRI). Das Projekt geht davon aus, dass es in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, im Kosovo*, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, in Montenegro und Serbien neue Lösungsansätze gibt, die es zu identifizieren und deren Nachahmung es zu fördern gilt. Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch EU (90 Prozent) und OSZE (10 Prozent), für die Durchführung ist das

* Alle Bezugnahmen in diesem Artikel auf den Kosovo – seien es das Gebiet, die Institutionen oder die Bevölkerung – sind in völliger Übereinstimmung mit Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auszulegen.

OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte zuständig, das auf die Erfahrungen und Kontakte der langjährigen Feldoperationen der OSZE in allen diesen Ländern zurückgreifen kann.

So unterstützt etwa die OSZE-Mission in Serbien das Gastland seit vier Jahren dabei, im Gesundheitsbereich Mediatoren zu beschäftigen, die Roma dabei helfen sollen, die Hürden auf dem Weg zu Einrichtungen des Gesundheitswesens zu überwinden. In Kroatien wurde im Rahmen des BPRI-Projekts eine ähnliche Initiative gestartet. Im Bezirkskrankenhaus Medjimurje arbeiten zwei junge Roma-Frauen, die Angehörigen der Gemeinschaft der Roma dabei helfen, zu Ausweisdokumenten und einer Krankenversicherung zu kommen, sie an medizinische und soziale Einrichtungen weiterleiten und über gesundheitliche Fragen informieren.

Bildung ist ein weiterer Bereich, in dem die OSZE-Feldmissionen über Erfahrungen verfügen, zum Beispiel mit der Unterstützung von Hilfslehrkräften in Serbien und im Kosovo. Diskriminierung in Schulen ist ein großes Problem, für das es keine einfache Lösung gibt. Mobbing ist einer der Hauptgründe, weshalb Roma-Kinder dem Schulunterricht fernbleiben. In Tirana (Albanien) fand unmittelbar vor Beginn des neuen Schuljahres im Rahmen des BPRI-Projekts eine Fortbildungsveranstaltung für Grundschullehrer statt, bei der 26 Lehrer aus Schulen mit starkem Roma-Anteil verschiedene Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierung kennenlernten. Es war der Kursleiterin Ruth Friedman ein großes Anliegen, dass allen Menschen, unabhängig von ihrem äußeren Erscheinungsbild, ihr Menschsein gemeinsam ist. Ein wichtiges Thema war auch der Umgang mit den Eltern der Kinder, von denen diese ihre diskriminierenden Ansichten sehr oft übernehmen.

Eines der größten Hindernisse für die Integration der Roma stellen die ungelösten Fragen rund um ihre Niederlassung dar. Juristisch gesehen ist in den meisten Westbalkan-Staaten der Nachweis eines rechtlich anerkannten Wohnsitzes Voraussetzung für die Eintragung ins Melderegister, den Zugang zu Bildungseinrichtungen und anderen öffentlichen Dienstleistungen. Am 12. und 13. September kamen in Zagreb (Kroatien) Sachverständige und Vertreter aus über 20 Gemeinden zu einem regionalen Runden Tisch zu den Themen Rechtsvorschriften für die Legalisierung von Siedlungen, Strategien für sozialen Wohnungsbau, Verbesserung der Wohnverhältnisse und Sanierung der Siedlungen zusammen. Die Teilnehmer erörterten, wie die Kommunalverwaltungen den Roma bei der Bewältigung der Hindernisse auf dem Weg zur Legalisierung helfen können, etwa durch Umwidmung von Grundstücken, Herabsetzung der Gebühren für Anträge, Einführung von Roma-Koordinatoren in der Kommunalverwaltung, Grundstücksschenkungen oder Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur. Sie besuchten die nahe gelegene Stadt Sisak, wo die ehemals informelle Siedlung Capraske Poljane, in der 150 Roma-Familien leben, erfolgreich legalisiert wurde, nachdem die Stadtverwaltung selbst aktiv geworden war und von der kroatischen Forstgesellschaft erworbene Flächen von Gemeindeland in Bauland umgewidmet hatte. In der Folge konnte die Stadtverwaltung für Wasser und Strom und Müllabfuhr sorgen.

Mitunter sind Siedlungen in einem so schlechten Zustand, dass sie nicht mehr saniert werden können. In solchen Fällen ist es wichtig, dass Roma Zugang zu sozialem Wohnraum erhalten. Eine der ersten Veranstaltungen des BPRI-Projekts war ein Runder Tisch in Podgorica über das derzeit in Montenegro in Ausarbeitung befindliche Gesetz über sozialen Wohnungsbau. Die Dringlichkeit des Problems wurde von einem Brand unterstrichen, der ein paar Tage vor diesem Treffen im Lager in Konik ausgebrochen war. Ein Großteil der

Barackensiedlung fiel dem Feuer zum Opfer, die Bewohner mussten in Zelten untergebracht werden. (Das montenegrinische Ministerium für Arbeit und Soziales hat inzwischen für über eine Million Euro Wohncontainer für die vorübergehende Unterbringung gekauft). Bei den Erörterungen ging es unter anderem auch darum, dass im Gesetzesentwurf unbedingt auch Roma als schutzbedürftige Gruppe angeführt sein müssen, für deren Wohnraum Sorge zu tragen ist.

Die Voraussetzung für den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen ist nicht nur ein gesetzlicher Wohnsitz, sondern – noch wichtiger – der Besitz von Personaldokumenten, die viele Roma nicht haben. Um das Thema Personaldokumente geht es auch bei zwei im Rahmen des BPRI-Projekts finanzierten Roma-Forschungsprojekten. Das erste ist eine Erhebung unter rund 150 jungen Menschen zwischen 14 und 30 aus der Gemeinschaft Veliki Rit in Novi Sad (Serbien). Das zweite untersucht, inwieweit die Angehörigen der Roma-Gemeinschaften in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Zugang zu Personaldokumenten haben, sich dieser Notwendigkeit bewusst sind, und wie wirksam die Hilfsprogramme für nicht registrierte Personen sind.

Für viele der aus dem Kosovo stammenden Roma, die heute im Lager in Konik leben, ist das Haupthindernis für einen Neuanfang in Montenegro, dass ihnen die die Registrierung erforderlichen Dokumente fehlen. Gemeinsam mit UNHCR und den Behörden von Montenegro hat die OSZE-Mission in Montenegro im Laufe dieses Jahres Busfahrten für Vertriebene in den Kosovo organisiert – zuletzt am 20. Juni –, damit diese sich dort die für die Legalisierung ihres Aufenthalts notwendigen Dokumente beschaffen können. Die Behörden in Montenegro gestatten Vertriebenen noch bis Ende 2012, einen Antrag auf Zuerkennung des Status eines Ausländers mit ständigem oder befristetem Wohnsitz zu stellen.

Die Tanzgruppen in Konik sind noch in vollem Schwung und haben vor, zum Tag der Menschenrechte im Dezember öffentlich aufzutreten. Sie wurden im Rahmen des BPRI-Projekts als *Best Practice* anerkannt, da sie es geschafft haben, die versteinerten Muster des Misstrauens zwischen Roma und Nicht-Roma aufzubrechen. Diese jungen Menschen müssen unbedingt unterstützt werden, nicht zuletzt deshalb, weil beim Tanzen ihre Probleme in den Hintergrund treten und einem Gefühl der Freiheit Platz machen, das die eigentliche Zielsetzung des BPRI-Projekts für alle Roma ist: die Freiheit, ein Ziel zu verfolgen, unter Bedingungen, die eine faire Chance bieten, sich mit etwas hervorzutun, das Freude macht –als vollwertiges Mitglied seiner Gemeinschaft.

Dieser Artikel entstand auf Grundlage von Informationen von Judith Kiers, Projektleiterin, Milena Isaković, Regionalkoordinatorin, den nationalen Projektreferenten des Projekts für Best Practices für Roma-Integration im OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Nedjeljka Sindik, Aleksandar Lazovsik, Mirjeta Ramizi und Jasminka Viteskić.



Angela Kóczé bei einer Wortmeldung im Rahmen des Runden Tisches der OSZE zum Thema „Frauen als Protagonistinnen des Wandels“, an dem auch der erste Berater des OSZE/BDIMR für Fragen der Sinti und Roma, Andrzej Mirga, teilnahm. Wien, 7. September 2012. (OSZE/Ursula Froese)

INTERVIEW MIT ANGELA KÓCZÉ

Forschungsgegenstand und Partner zugleich

Angela Kóczé ist Soziologin, ungarische Roma und Roma-Aktivistin. Sie war in der ungarischen Regierung für Roma- und Genderpolitik zuständig, war Gründungsdirektorin des Europäischen Roma Informationsbüros in Brüssel und leitete das Programm für Menschenrechtserziehung und -bildung am *European Roma Rights Centre* in Budapest. Zurzeit ist sie Gastforscherin an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Sie nahm als Referentin an der OSZE-Expertenrunde zum Thema „Frauen als Protagonistinnen des Wandels“ am 6. und 7. September in Wien teil und gab am Rande der Veranstaltung das folgende Interview.

OSZE-Magazin: Sie sind Soziologin, Universitätsdozentin und Politikerin. Was hat Sie dazu veranlasst, sich für die Sache der Roma und der Roma-Frauen einzusetzen?

Angela Kóczé: Das war wohl in meinem Leben schon so angelegt, denn man kann im Leben ja Vieles selbst entscheiden, außer in welche Familie man geboren wird. Ich kam in einer Roma-Siedlung in Kispalád, einem kleinen 500-Seelen-Dorf in einer rückständigen Gegend in Ostungarn, zur Welt. Mein Vater ist zwei Jahre zur Volksschule gegangen, meine Mutter vier, beide waren eigentlich Analphabeten. Ich hatte schon immer diesen

Drang, mein Leben anders leben zu wollen. Was mir jedoch letztendlich den Mut dazu gab, war die Tatsache, dass es mir meine Familie und auch meine Volksschullehrer zutrauten. Nach Abschluss der weiterführenden Schule hatte ich noch nicht genug Selbstvertrauen, um gleich zur Universität zu gehen. So ging ich erst nach Budapest, wo ich in der Schwermetallindustrie Arbeit fand, als Hilfskraft und in der Verwaltung. Anschließend besuchte ich eine Lehrerbildungsanstalt, und erst danach inskribierte ich Soziologie an der Universität. Später studierte ich dann Menschenrechte an der *Central European University*. Damals arbeitete ich bereits für eine Roma-NGO.

Wie hat sich das Leben der Roma seit Ihrer Kindheit verändert?

Aus meiner Sicht hat eine paradoxe Entwicklung stattgefunden. Was die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Politik anbelangt, könnte man meinen, die Dinge hätten sich zum Besseren gewendet, doch die Situation der Menschen, die am untersten Ende der sozialen Hierarchie leben, hat sich eigentlich nicht gebessert. Die Änderung des politischen Systems nach 1989 war zweifellos insofern positiv, als sie uns Freiheit und Rechte brachte. Doch dann konnten die Menschen ihre Rechte nicht ausüben, weil sie nicht



Brücken bauen zwischen Roma und Nicht-Roma. Während einer Überschwemmung in Nordost-Ungarn im Jahr 2010 stand die Stadt Szikszó tagelang unter Wasser. Nach dem Rückgang des Hochwassers unterstützte die Organisation der örtlichen Roma-Frauen sowohl Roma als auch Nicht-Roma mit Essen und dem Notwendigsten für den täglichen Bedarf. (Angela Kóczé)

die Möglichkeiten dazu hatten. Viele Menschen haben ihre Arbeit verloren oder sind aus dem Sozialsystem herausgefallen, weshalb sie materiell inzwischen wesentlich schlechter gestellt sind als zu Zeiten des Sozialismus. Das ist meiner Meinung nach auch der Grund, weshalb nicht nur in Ungarn sondern auch in anderen Ländern Südost- und Zentraleuropas die Menschen, insbesondere in ländlichen Gebieten, den alten Zeiten nachtrauern.

So sind zum Beispiel alle in meiner Familie seit Ewigkeiten arbeitslos. In den späten 1980er Jahren und Anfang der 1990er hatten sie noch Arbeit, aber seither hat keiner von ihnen mehr einen Arbeitsplatz. Und das nicht, weil sie sich nicht darum bemüht hätten, sondern weil sie in einer Gegend leben, in der die Menschen wirtschaftlich völlig abgeschottet sind. Und jetzt, da wir die dunkle Seite der Wirtschaftskrise erleben, wird die zigeunerfeindliche Rhetorik immer brutaler und zerrüttet das Leben vieler Menschen auf lokaler Ebene.

Was muss geschehen, damit die Segregation der Roma zurückgeht, und wie können Roma-Frauen dazu beitragen?

Die Segregation lässt sich nicht beseitigen, indem man an einem einzigen Punkt, wie der Bildung, ansetzt. Man braucht viele verschiedene Strategien in allen Bereichen, eine eigene Wohn-, Beschäftigungs-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. Sicherlich können Roma-Frauen in ihren örtlichen Gemeinschaften eine Führungsrolle übernehmen und Brücken zwischen Roma und Nicht-Roma bauen. Aus meiner Sicht ist es jedoch unrealistisch, sie als wichtige „Protagonistinnen des Wandels“ zu sehen. Sie können kleine Schritte setzen, doch wenn es um strukturelle Änderungen des Systems geht, braucht man Leute in Machtpositionen. Menschen, die zum Beispiel sicherstellen können, dass die für die Integration der Roma bereitgestellten Subventionen auch tatsächlich den Gemeinschaften zugutekommen, die sie am dringendsten brauchen.

Wie haben Sie Ihre Forschungsergebnisse zugunsten der Roma-Gemeinschaften genutzt?

2009 und 2010 führte ich ein Forschungsprojekt in zwei ungarischen Mikroregionen durch, in Szikszó und Monor, bei dem der soziale und wirtschaftliche Status von Romanija und Nicht-Roma Frauen aus derselben Gesellschaftsschicht verglichen wurde. Die Ergebnisse verwertete ich dann für meine Dissertation und machte sie auch den Mitgliedern der Gemeinschaft zugänglich, die sie zur Vertretung ihrer Interessen verwenden können. Da ich selbst Roma-Aktivistin bin, sollte sich mein Weltbild auch in meinen Forschungsmethoden widerspiegeln, denn ich betrachte die Personen, über die ich forsche, als Partner, die sich aktiv in ein Projekt einbringen können. Die Forschungsergebnisse helfen wiederum den Angehörigen der Gemeinschaft, da sie ihnen das Vokabular geben, mit dessen Hilfe sie ihr Erfahrungswissen „offiziell“ ausdrücken können, wie zum Beispiel in einem Antrag für eine EU-Beihilfe.

Es passiert relativ oft, dass die für die Roma-Integration vorgesehenen Gelder nicht wirklich zu den bedürftigsten Gemeinschaften gelangen, weil die dort tätigen NGO nicht die erforderlichen Kriterien erfüllen. Wenn man aber die Bewerbungsunterlagen mit den Ergebnissen einer Studie belegen kann, dann ist das ein wichtiger Aspekt eines Förderantrags.

Bei dem Seminar ging es um Frauen, ihre Probleme und ihr Potenzial als „Protagonistinnen des Wandels“. Was ist mit den Roma-Männern?

Viele der jungen Roma-Männer haben große Schwierigkeiten, besonders wenn sie in segregierten Gegenden leben. Ein Leben ohne Geld, ohne Aussichten – da landen viele zwangsläufig bei allen möglichen illegalen Geschäften, solange diese ihnen irgendeine Hoffnung oder Perspektive geben. Auf makroökonomischer Ebene ist derzeit eine interessante Verlagerung festzustellen; viele multinationale Konzerne sind nämlich eher bereit, unqualifizierte Jobs an Roma-Frauen als an Roma-Männer zu vergeben. In Einkaufszentren sieht man zum Beispiel meistens weibliche Reinigungskräfte. Männer sind also wirklich in einer vertrackten Situation. Und der tägliche Frust kann Spannungen in den Familien und Mikro-Gemeinschaften auslösen. Darüber müssen wir uns klar werden, auch aus sozialer und psychologischer Sicht.

Dieser Artikel entstand unter Mitwirkung von Karolina Hyza, Praktikantin in der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des OSZE-Sekretariats.

Literatur zum Thema:

Missing Intersectionality: Race/Ethnicity, Gender, and Class in Current Research and Policies on Romani Women in Europe von Angela Kóczé, mit einem Beitrag von Raluca Maria Popa, Policy Papers, Central European University (CEU) Center for Policy Studies, CEU Press, 2009

„Pro-Roma global civil society: acting for, with or instead of Roma?“ von Angela Kóczé und Martin Röved, in: Mary Kaldor, Henrietta L. Moore und Sabine Selchow, *Global Civil Society 2012: Ten Years of Critical Reflection*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2012, S 110-122.

Integration der Roma in Serbien

von Obrad Grković

„Wenn andere Länder sich plötzlich für deine Arbeit interessieren, dann weißt du, dass du etwas richtig machst; wenn sie beginnen, deine Programme zu kopieren, dann weißt du, dass du es noch besser machen musst“, meint Matthew Newton, Koordinator für Roma-Programme und –Politik der OSZE-Mission in Serbien.

In Serbien sind rund 300 Roma als Hilfslehrer, als Mediatoren im Gesundheitsbereich und als Koordinatoren bei Kommunalbehörden beschäftigt, demnächst kommen weitere 200 dazu – Grund genug für andere Länder in Südosteuropa, sich die Erfahrungen in ihrem Nachbarland mit der Umsetzung der Nationalen Strategie und des vor vier Jahren verabschiedeten Nationalen Aktionsplans zur Integration der Roma näher anzusehen und daraus zu lernen. Die Mission in Serbien hat den Prozess von Anfang an begleitet.

Im Rahmen eines Schulversuchs des Unterrichtsministeriums, der inzwischen ins Regelschulwesen übernommen wurde, sorgen 170 Roma-Hilfslehrer in ganz Serbien für ein integrationsfreundlicheres schulisches Umfeld für Roma-Schüler und unterstützen deren Familien durch individuelle Betreuung. Die Mission in Serbien übernahm 2008 die berufsbegleitende Ausbildung der ersten Gruppe von Hilfslehrern und führte vor kurzem eine fünftägige Fortbildung für wirksame Koordination zwischen Schulen und Roma-Eltern durch. Das Programm kommt sowohl den Roma-Schülern, die im Unterricht bleiben, als auch den Hilfslehrern, die damit einen Universitätsabschluss am Zentrum für lebenslanges Lernen der Universität Kragujevac erwerben können. Auf lange Sicht und mit fortschreitender Integration der Gemeinschaft der Roma ist geplant, dass die Hilfslehrer auch Kinder mit Entwicklungsstörungen betreuen sollen. „Das ist die Nachhaltigkeit, die die Regierung anstrebt“, betont Matthew.

Im Rahmen eines Programms des Gesundheitsministeriums sorgt die OSZE auch für die berufsbegleitende Ausbildung von 75 Roma-Mediatoren im Gesundheitsbereich, die Roma dabei behilflich sind, sich für das Gesundheitssystem zu registrieren und die Möglichkeit zu bekommen, zu einem Hausarzt oder einer Vorsorgeuntersuchung zu gehen. Auf der anderen Seite leisten die Mediatoren Aufklärungsarbeit in ihrer Gemeinschaft zu Themen wie reproduktive Gesundheit. „Im nächsten Jahr schon werden Roma-Mediatoren im Gesundheitsbereich Teil des regulären Gesundheitssystems sein“, erläutert Matthew.

Heute sind auf Ebene der Kommunalverwaltungen über 40 Roma als Koordinatoren im Einsatz, um den Zugang zu örtlichen Dienstleistungen und Informationen für Roma zu erleichtern. Derzeit nehmen die Koordinatoren an einer landesweiten Peer-Review der Methoden zur Integration der Roma teil, die von der für soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung zuständigen Gruppe der Regierung in Zusammenarbeit mit den kommunalen Selbstverwaltungen

durchgeführt wird. Die OSZE ist in diesen Prozess eingebunden und wird auf Grundlage der Ergebnisse dieser Überprüfung wirksame Methoden zur Einbindung der Roma auf kommunaler Ebene unterstützen.

Jedes dieser Programme zur Integration der Roma fand bei den Regierungen der Nachbarländer Anerkennung als nachahmenswertes Modell. So statteten im Jahr 2011 Vertreter des Gesundheitsministeriums von Bosnien und Herzegowina Serbien einen Besuch ab, um das System der Gesundheitsmediatoren besser kennenzulernen. Kroatien führt im Rahmen des regionalen OSZE/EU-Projekts *Best Practices for Roma Integration* in diesem Jahr ebenfalls Mediatoren im Gesundheitsbereich ein.

Doch die Probleme sind komplex – Selbstzufriedenheit ist keineswegs angebracht. In Serbien leben rund 300.000 Roma in mehr als 600 Siedlungen – das Ausmaß der Not ist entmutigend. Derzeit werden alle drei von der OSZE unterstützten Programme getrennt verwaltet. Eine bessere Koordinierung würde eine maximale Ausnutzung der begrenzten Mittel ermöglichen. Vorstellbar wäre, dass Gesundheitszentren, die Impfprogramme durchführen, die Daten von Kindern in schulpflichtigem Alter an Schulen und Hilfslehrer weitergeben. Die OSZE-Mission fördert die Einrichtung gemeinsamer mobiler Teams, die gleichzeitig in allen Bereichen – Gesundheit, Schule und Beschäftigung – Hilfestellung leisten können. Vielleicht ist das schon das nächste Modell, das sich die Nachbarn Serbiens in der Region zum Vorbild nehmen.

Obrad Grković war Praktikant bei der OSZE-Mission in Serbien.

Die Unterstützung der OSZE für Serbiens Nationale Strategie und den Nationalen Aktionsplan zur Integration der Roma wird aus außerbudgetären Beiträgen der Europäischen Union (CARDS) mit 2 Millionen Euro und von der schwedischen Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit mit 3,2 Millionen Euro finanziert.



„Die Roma-Mediatoren für den Gesundheitsbereich erleichtern mir meine Arbeit als Krankenschwester beträchtlich. Da ich selbst eine Romni bin, weiß ich nur zu gut, was sie für meine Gemeinschaft leisten. Dadurch, dass sie mit den Menschen kommunizieren und ihnen dabei behilflich sind, sich im System zu registrieren, können wir effizienter arbeiten“, erläutert die aus einer Roma-Gemeinde in Belgrad stammende Krankenschwester Mara Djordjević. (OSZE/Milan Obradović)

„Ich bin jeden Tag in fünf Volksschulklassen unterschiedlicher Stufe, wo ich Serbisch und Rechnen unterrichte; und wenn die Schüler mich fragen: ‚Frau Lehrerin, haben wir heute Unterricht?‘, dann beglückt mich das auf eine Weise, die ich nicht erklären kann“, erzählt Manuela Alić, Studentin der Nationalökonomie, die in Pirot in Südostserbien im Rahmen eines Programmes des serbischen Roma-Frauen-Netzwerks, das die OSZE-Mission in Serbien unterstützt, als Hilfslehrerin arbeitet. (OSZE/Ursula Froese)



Lernen in der Romska Mahala im Kosovo

von Edita Bučaj

Als ich Sheherzade Mustafa kennenlernte, war sie gerade in Facebook vertieft und führte intensive Internet-Chats mit ihren Freunden. Zwei Monate zuvor, so erzählte sie mir, wusste sie gerade eben, wie man einen Computer ein- und ausschaltet. Sie ist eine von zwölf jungen Roma, Aschkali und Ägyptern, die im vergangenen Monat einen OSZE-Computerkurs absolvierten, wo sie den Umgang mit Office-Software-Applikationen erlernten.

Im Bildungszentrum in der Romska Mahala, einer Siedlung im Süden von Mitrovicë/Mitrovica, geben Sheherzade und ihre Kollegen ihre frisch erworbenen Computerkenntnisse an die Kinder weiter, die dort tagsüber betreut werden oder nach der Schule hierher kommen, um an Kursen teilzunehmen. Sie hofft, dank der im Kurs erworbenen Kompetenzen irgendwann eine feste Anstellung zu finden.

Die Romska Mahala besteht aus 200 Haushalten mit rund 1000 Personen. Viele kamen aus den bleiverseuchten Lagern im Norden von Mitrovicë/Mitrovica hierher, wo sie nach dem Konflikt 1999 gestrandet waren, als tausende Roma-, Aschkali- und Ägypter-Familien im und aus dem Kosovo vertrieben wurden. Das Lager Česmin Lug wurde 2010 geschlossen, das Lager Osterode soll im Dezember 2012 aufgegeben werden.

„Die Gemeinschaften der Roma, Aschkali und Ägypter sind die am stärksten benachteiligten und marginalisierten Gruppen im Kosovo, da nicht einmal ihre Grundrechte eingehalten werden und man ihnen mit tief verwurzelten Vorurteilen begegnet“, erzählt Nikola Petrovski, Referent für die Menschliche Dimension in der OSZE-Mission im Kosovo.

Sheherzade kam 2005 aus dem Lager Osterode in die Mahala zurück. Sie erzählt, dass die Rückkehr für die meisten Roma-Familien alles andere als einfach war. Die Kinder mussten lernen, in einer anderen Sprache zu kommunizieren; für einige von ihnen hieß das, dass der Unterricht auf Albanisch und nicht mehr auf Serbisch erfolgte. Junge Menschen finden selbst mit einer Berufsausbildung keine Arbeit, und die Älteren haben nach wie vor Probleme mit dem Zugang zum Sozial- und Gesundheitswesen, da sie häufig Analphabeten sind, keine Personaldokumente besitzen und auch nicht über die nötigen Informationen verfügen.

Es ist schockierend, dass 95 Prozent der Bewohner der Romska Mahala arbeitslos und für ihren Lebensunterhalt auf die Almosen örtlicher Einrichtungen oder internationaler Organisationen angewiesen sind. Oft können sie nicht einmal die Rechnungen der Versorgungsunternehmen bezahlen; viele leben in völlig unannehmbaren Verhältnissen.

Die OSZE-Mission klärt die Bewohner der Mahala darüber auf, welche Rechte sie haben, welche Schutzmechanismen es gibt und auf welche Leistungen der Sozialhilfe sie unter Umständen Anspruch haben, wie zum Beispiel auf kostenlose Blutuntersuchungen zum Nachweis einer Bleikontamination. Die Mission hilft ihnen, soziale Unterstützung zu bekommen, indem sie bei der

Kommunalverwaltung darauf dringt, die Verfahren zur Registrierung beim Einwohnermeldeamt zu vereinfachen. Sie hat Treffen organisiert, bei denen die Einwohner mit Stadtverwaltung und Polizei gemeinsame Anliegen erörtern. Die Folge davon war die Wiederherstellung einer ständigen Polizeipräsenz in der Mahala. Die Stadtverwaltung erklärte sich bereit, die Wahl von Führungspersonlichkeiten aus den Gemeinschaften zu ermöglichen, da die Bewohner das Gefühl haben, auf Ebene der Stadtverwaltung und in anderen Foren nicht angemessen vertreten zu sein.

SCHWERPUNKT SCHULBILDUNG

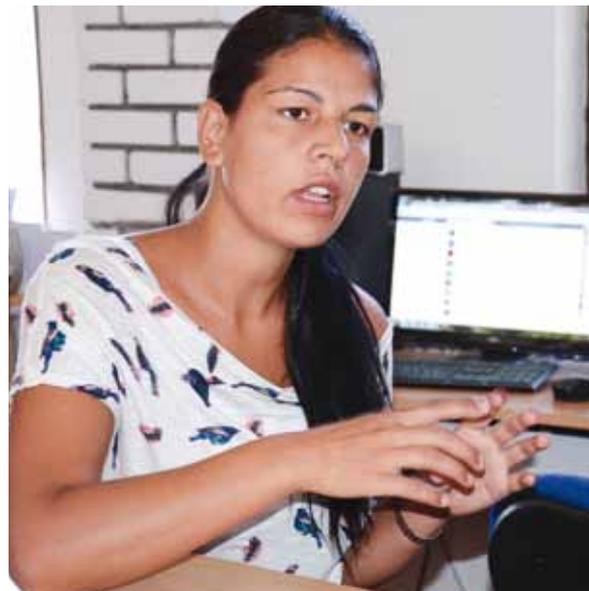
Die Gemeinschaften der Roma, Aschkali und Ägypter brauchen Schulbildung, wenn sie zu ihren Rechten kommen, ihre Anliegen artikulieren und auf dem Arbeitsmarkt eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben wollen. Nur eine entsprechende Schulbildung kann ihnen dabei helfen, Arbeit zu finden und sich eine dauerhafte Existenzgrundlage zu schaffen.

Abgesehen von der Bereitstellung von Computerkursen setzt sich die Mission für die Förderung der Integration der Kinder von Roma, Aschkali und Ägyptern durch ein integratives Bildungswesen ein und bemüht sich in den Gemeinschaften selbst, das Bewusstsein für die Bedeutung schulischer Bildung zu heben. Zur Förderung eines regelmäßigen Schulbesuchs stellt die Mission seit 2010 in neun Kommunalverwaltungen Schulmediatoren bei.

Diese Mediatoren, die selbst aus den Gemeinschaften der Roma, Aschkali und Ägypter stammen, sind ein wesentliches und kultursensibles Bindeglied zwischen ihrer jeweiligen Gemeinschaft und den schulischen Einrichtungen. Sie sind bei der Schuleinschreibung behilflich, gehen Fällen nach, in denen Kinder nicht zeitgerecht angemeldet wurden, kontrollieren die regelmäßige Teilnahme am Unterricht und – was besonders wichtig ist – bemühen sich darum, den Eltern die Wichtigkeit von Schulbildung nahezubringen und Vorbehalte gegen den Schulbesuch abzubauen. 2011 gelang es den Mediatoren durch systematisches Aufsuchen der einzelnen Familien, 110 Kinder wieder zur Teilnahme am Unterricht zu bewegen; 39 von ihnen hatten den Schulbesuch bereits zweimal abgebrochen.

Ohne Bildung, Integration und Chancengleichheit lassen sich die Probleme, mit denen die Gemeinschaften der Roma, Aschkali und Ägypter konfrontiert sind, nicht lösen. Ziele, für die zu kämpfen sich lohnt, Tag für Tag, lautet Petrovski Fazit.

Edita Bučaj ist Stellvertretende Sprecherin der OSZE-Mission im Kosovo.



Sheherzade Mustafa erzählt, was sie im OSZE-Computerkurs gelernt hat. „Ich kann E-Mails senden und empfangen, habe Spaß am Erstellen von Tabellen. Ich bin sicher, dass ich mit diesen Kenntnissen einen guten Job finden werde.“ Mitrovicë/Mitrovica, 14. August 2012. (OSZE/Hasan Sopa)

Sieg über Rassismus und Intoleranz im Sport

von Larry Olomofe

„Wir müssen weiterhin wachsam sein und das Bewusstsein dafür schärfen, wie fatal sich Diskriminierung und Intoleranz im Sport auswirken. Sport kann und soll wirksamer dafür eingesetzt werden, Stereotypen und Vorurteile gegenüber Menschen, die üblicherweise Opfer von Diskriminierung sind, zu bekämpfen.“

— Janez Lenarčič, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Fast 50 Jahre nach der Verabschiedung des Internationalen Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung sind Rassismus und andere Formen der Intoleranz in der OSZE-Region und darüber hinaus noch lange nicht ausgerottet. Auf sozialer Ungleichheit beruhend, machen sie sich in allen gesellschaftlichen Bereichen breit, so auch im Sport, wo sie leider sowohl auf dem Spielfeld als auch unter den Zuschauern oft verstärkt werden.

Vor kurzem gab es einige aufsehenerregende Fälle, bei denen berühmte Sportler aus ihrer rassistischen Einstellung keinen Hehl machten. Die griechische Dreispringerin Parskevi „Voula“ Papachristou wurde 2012 aus der olympischen Mannschaft ausgeschlossen, weil sie auf ihrem Twitter-Account rassistische Witze gepostet hatte. Gegen Fußballspieler Luis Suarez aus Uruguay wurde eine Geldstrafe in Höhe von 40.000 Pfund verhängt, weil er den Fußballer frankoafrikanischer Abstammung Parice Evra während eines Fußballmatches 2011 „Negrito“ genannt hatte.

Vorfälle dieser Art sind nicht nur an sich schockierend sondern auch ein besorgniserregendes Anzeichen dafür, dass intolerantes Verhalten im Sport nach wie vor auf allen Ebenen vorkommt und weithin akzeptiert wird. Rassistische Beleidigungen und Witze in Umkleieräumen von Amateursportvereinen und Schulen kommen zwar nicht in die Schlagzeilen, können aber den betroffenen Personen sowie dem sozialen Zusammenhalt erheblichen Schaden zufügen.

Unsere Gesellschaft wird immer pluralistischer, und die Menschen – vor allem junge Menschen – müssen darauf vorbereitet werden, darin zu leben. In Schulen und Familien muss dringend das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass rassistische, ethnische oder andere Formen der Intoleranz – sei es im Sport oder in anderen Bereichen – absolut inakzeptable Verhaltensweisen sind.

In der OSZE-Region gibt es Gruppen und Menschen, die sich dieser Herausforderung stellen und deren Arbeit gegen Intoleranz im Sport Anerkennung und Nachahmung verdient. Im vergangenen April kamen Vertreter von 55 NGOs, vier internationaler Organisationen und aus 44 Teilnehmerstaaten auf Einladung des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

in Wien zusammen, um bewährte Verfahren auszutauschen und – besonders wichtig – angesichts der allgemeinen Notwendigkeit, Vielfalt, Integration und Gleichberechtigung in der OSZE-Region zu fördern, zu prüfen.

Wie bereits aus dem Titel des Treffens „Bekämpfung von Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung in der Gesellschaft durch Sport“ hervorgeht, widmete sich ein Großteil des Treffens der Frage, wie Sport trotz seiner Neigung zu rassistischem Verhalten sich auch hervorragend zur Ausmerzung fremdenfeindlicher Haltungen in der Gesellschaft eignet, die diesen zugrunde liegen. Millionen Menschen in der OSZE-Region beschäftigen sich mit Sport – passiv oder aktiv, als Amateure oder Profis. Diese Aktivitäten können als wichtiges Instrument zur Förderung von gegenseitigem Verständnis und Toleranz dienen.

Auf dem OSZE-Treffen wurden verschiedene Fallbeispiele vorgestellt. Im Rahmen der *Open-Fun-Football*-Ferienkurse kamen seit 1998 mehr als 250.000 Kinder aus Südosteuropa und dem Nahen Osten in einer sicheren Umgebung zusammen, um die Unterschiede zwischen ihnen schätzen zu lernen und Gemeinsamkeiten zu entdecken. Das *Policy Centre for Roma and Minorities* in Bukarest setzt Fußball und andere Sportarten ein, um Kindern aus Ghettos dabei zu helfen, Selbstwertgefühl aufzubauen und nach einem besseren Leben zu streben.

Trotz dieser ermutigenden Initiativen gibt es nach wie vor ernstzunehmende Herausforderungen. Wir müssen ihnen energisch, mutig, engagiert und erfinderisch begegnen. Die Möglichkeit, sich über den Sport für die Werte der Toleranz und Integration einzusetzen, muss erkannt und klug genutzt werden.

Larry Olomofe ist Berater für die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Ausbildungskordinator im Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE. Weiterführende Informationen über das Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension über die Bekämpfung von Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung in der Gesellschaft durch Sport sind auf folgender Website abrufbar: www.osce.org/odihr/88528

GETTY IMAGES



Kinder, das Ghetto und die Faszination des Sports

Valeriu Nicolae

Als Kind war ich ein begeisterter Sportler. Ich spielte Fußball und Basketball in einigen der besten Mannschaften meiner Heimatstadt Craiova in Südrumänien. Ich war 800-Meter-Läufer und ein ganz guter Schwimmer und Tennisspieler. Die staatlichen Lebensmittelrationen, die sportlich aktive Kinder in kommunistischen Zeiten erhielten, waren für mich als Roma-Kind ein sehr starker Anreiz. Auch Duschen mit Warmwasser, Ausrüstung sowie geheizte Turnsäle und Trainingslager erschienen mir ebenfalls geradezu märchenhaft – insbesondere in der kalten Winterzeit oder in den Sommerferien.

Am besten gefiel mir jedoch, dass ich mich in meinen Mannschaften nie als der stinkige Zigeuner fühlte, als den mich die meisten Menschen in meiner Umgebung bezeichneten. Ich war einfach ein guter Spieler, und meine Mannschaftskollegen behandelten mich freundschaftlich und mit Respekt. Einige meiner Freundschaften von damals halten auch nach drei Jahrzehnten noch. Fast alles, was harte Arbeit, Disziplin, Wettbewerbsfähigkeit, Ehrgeiz und Respekt betrifft, habe ich beim Sport gelernt.

Kein Wunder, dass Sport für mich gleich zu Beginn meiner Arbeit mit den Kindern im Ghetto von Bukarest der Anknüpfungspunkt war. Drogen, Gewalt, Prostitution und Kleinkriminalität sind dort an der Tagesordnung. Alle hielten mich für verrückt, dort arbeiten zu wollen. Ich bat einen Freund vom Europäischen Fußballdachverband

UEFA um einige T-Shirts und erzählten den Kindern im Ghetto, dass ich eine von der UEFA gesponserte Mannschaft gründen wollte. Meine Kollegen vom *Policy Centre for Roma and Minorities* und ich organisierten Street-Dance-, Basketball- und Volleyball-Kurse. Die Kinder waren total begeistert. Keine Drogen, keine Gewalt mehr – nur Sport, so lautete unsere Devise.

Es ist noch keine zwei Jahre her, seit wir unsere Arbeit im Ghetto aufgenommen haben, und schon jetzt gibt es tolle Ergebnisse. Unsere Kinder (rund 200) gehen regelmäßig in die Schule, ihre Teilnahme am Unterricht hat sprunghaft zugenommen. Wir haben einen Vize-Landesmeister in Street-Dance sowie gute Fußball- und Street-Dance-Mannschaften. Keines unserer Kinder nimmt Drogen.

Gewalt und Rassismus in Fußballstadien und deren Umgebung sind nach wie vor ein großes Problem. Beim letzten Match der Fußballsaison in Rumänien Ende Mai 2012 bestritten zwei Teams aus Bukarest – Rapid und Dinamo – ein rumänisches Pokalspiel. Ich nahm meinen Sohn zum Spiel mit. Plötzlich begannen über 10.000 Menschen Parolen gegen das in Rumänien als Zigeuner wahrgenommene Rapid-Team zu skandieren. „Wir haben Zigeuner schon immer gehasst, Sch... Rapid“, hallte es im ganzen Stadium. Mein Sohn, ein sportbegeisterter Zehnjähriger, war völlig verstört und begann zu weinen. Er fragte mich, ob man uns umbringen würde. Ich versuchte ihn zu beruhigen

Miodrag Belodedici vom Rumänischen Fußballverband beim Training mit den Kindern aus dem Bukarester Ghetto. (Valeriu Nicolae)

und schrie die grölenden Leute um mich herum an. Einige von ihnen waren wie vom Donner gerührt und schämten sich. Seither will mein Sohn keine Fußballspiele mehr sehen. Worte können zerstören – nicht nur Unschuld und Liebe sondern auch Menschen. Rassismus war das Motiv für brutalen Mord, dem unter anderem auch Sportler zum Opfer gefallen sind.

Einige der berühmtesten rumänischen Fußballer, Basketballer und Volleyballer kamen ins Ghetto, um mit den Kindern, mit denen wir arbeiten, zu spielen oder zu trainieren. Gemeinsam mit dem rumänischen Fußballverband veranstalten wir zweimal jährlich Kinderfußballturniere gegen Rassismus und Gewalt und organisieren Freundschaftsspiele mit bekannten Journalisten und Prominenten. Die UEFA hat in den letzten Jahren starke Signale gegen Rassismus und Gewalt in Fußballstadien gesetzt, mehr als jede europäische Regierung. Der UEFA-Präsident hat als einziger Prominenter in Europa offen und unverblümt zu sagen gewagt, dass das Problem der Roma-Feindlichkeit nachdrücklich bekämpft werden muss.

Ich glaube noch immer an die Zauberkräft des Sports. Aber mir ist klar geworden, dass diese Faszination alleine nicht ausreicht, um Gewalt und Rassismus Einhalt zu gebieten. Dafür sind ernst gemeinte und unermüdliche Aufklärung und Erziehung notwendig. Regierungen und zwischenstaatliche Institutionen müssen Flagge zeigen und das tun, was einige Sportverbände bereits seit Jahren tun. Anzuerkennen, dass es Rassismus und Gewalt in unserer Gesellschaft und im Sport gibt, ist wichtig, aber nur ein erster Schritt. Was jetzt am meisten nottut, ist, dass man offen und wirksam dagegen ankämpft. Wir müssen das Gefühl haben, alle in ein und derselben Mannschaft zu spielen.

Der rumänische Rom Valeriu Nicolae ist Präsident und Gründer des Policy Center for Roma and Minorities in Bukarest. Das Zentrum gewann 2012 für seine Arbeit den UNICEF Sport for Education Beyond Sport Award. Weitere Informationen darüber sind auf www.policycenter.eu zu finden.

Europacup 2012

Ukraine: Rote Karte für Menschenhandel

Als diesen Sommer 1,5 Millionen Fans – ein Besucherrekord – zur UEFA-Fußball-Europameisterschaft in polnische und ukrainische Städte strömten, herrschte Partystimmung. Bei internationalen Menschenansammlungen wie diesen haben jedoch Menschenhändler Hochsaison. Bereits Jahre vor dem Anpfiff in Kiew nahm der OSZE-Projektkoordinator die Zusammenarbeit mit den ukrainischen Strafverfolgungsbehörden auf, damit die Europameisterschaft, für viele Anlass zu feiern, für andere nicht zum Beginn eines Albtraums wird – zum Zweck der Prostitution entführte Frauen, in die Zwangsarbeit getriebene Männer, zum Betteln gezwungene Kinder.

In Anlehnung an die Erfahrungen in Deutschland, dem Gastgeber der Fußballweltmeisterschaft 2006, und in Österreich, das gemeinsam mit der Schweiz die Europameisterschaft 2008 ausrichtete, wo es gelang, mit Hilfe strengerer Polizeikontrollen und Aufklärungskampagnen von NGOs ein Ansteigen der Opfer von Menschenhandel zu verhindern, organisierte der Projektkoordinator für Vertreter der ukrainischen Strafverfolgungsbehörden Studienreisen in diese Länder.

Nach deren Rückkehr erarbeitete eine Arbeitsgruppe von Vertretern der Strafverfolgungsbehörden mit dem Projektkoordinator Rechtsvorschriften gegen den Menschenhandel, die in den offiziellen Aktionsplan der Ukraine zur Gewährleistung der Sicherheit der Europameisterschaft 2012 einfließen. Sie betrafen die verstärkte Prävention von Menschenhandel und illegaler Migration, den Aufbau von Kapazitäten des Innenministeriums zum Schutz der Fußballfans vor diesen Straftaten und die Information der in die Ukraine einreisenden Gäste über die Gefahren und vorgesehenen Maßnahmen.

Ab November 2011 trugen in den vier ukrainischen Städten, in denen die Spiele stattfanden – Donezk, Charkiw, Kiew und Lemberg – 48 Busse außen großformatige Anzeigen, auf denen stand, dass Menschenhandel einen strafrechtlichen Tatbestand darstellt, und an welche Stellen sich die Opfer wenden sollten, um Hilfe des ukrainischen Staates zu finden.

Einen Monat vor Beginn der Europameisterschaft ließ der

Projektkoordinator in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und dem staatlichen Grenzdienst 500.000 Informationsblätter herstellen, auf denen vor den Gefahren des Menschenhandels unter Hinweis auf die gesetzlichen und strafrechtlichen Aspekte gewarnt wird. Alle Besucher, die sich ein Spiel ansehen wollten, erhielten bei der Einreise in die Ukraine ein solches Informationsblatt.

Der Projektkoordinator führt seit 2009 eine breit angelegte Kampagne gegen den Menschenhandel durch, um die Ukraine bei der Umsetzung des Aktionsplans der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels zu unterstützen. Eine wichtige Errungenschaft des über drei Jahre laufenden Projekts war die Verabschiedung eines umfassenden Gesetzes gegen Menschenhandel im September 2011 und einer Verordnung über ein nationales Leitsystem Anfang dieses Jahres durch die Ukraine. Die Stadt Donezk, in der einige Spiele ausgetragen wurden, liegt in einer der beiden Regionen, in denen im Rahmen des Projekts ein Pilotleitsystem für Opfer entwickelt wurde.

Dieser Artikel basiert auf Informationen, die von Tetjana Rudenko und Oxana Poljuga vom Büro des Projektkoordinators in der Ukraine zusammengestellt wurden. Das Informationsblatt gegen den Menschenhandel, das einreisende Fußballfans an der Staatsgrenze erhalten, kann unter www.osce.org/ukraine/90545 eingesehen werden.



Mini-Paralympics im Kosovo

Geschichte und Fotos von Hasan Sopa

Im Kosovo leben schätzungsweise 150.000 Menschen mit Behinderung. Aus vielen verschiedenen Gemeinschaften kommend, mit unterschiedlichem kulturellen und religiösen Hintergrund, oft am Rande der Gesellschaft lebend, sind sie alle mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert.

Die Mini-Olympics im Kosovo für junge Menschen mit Behinderung sind eine Gelegenheit gegen Vorurteile zu kämpfen und diese Mitglieder der Gesellschaft zeigen zu lassen, wozu sie imstande sind. Die vom Paralympischen Komitee des Kosovo und der Akademie für öffentliche Sicherheit organisierten Spiele werden seit 2005 alljährlich im Kosovo abgehalten. Von Anfang an wurden sie von der OSZE-Mission im Kosovo unterstützt. ▶



Bei den Eröffnungsfeierlichkeiten tanzten kosovarische Polizisten und Polizistinnen mit Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Gegenseitiges Verständnis zwischen der Polizei und Menschen mit Behinderungen aufzubauen, ist eines der Ziele der Veranstaltung.



„Wir als Gesellschaft – und dazu gehören selbstverständlich auch Menschen mit Behinderungen – haben die Aufgabe, die Fähigkeiten aller Menschen zu erkennen, zu würdigen, zu schätzen und zu achten, Vorurteile zu bekämpfen und die Menschen als das zu sehen, was sie wirklich sind“, sagte Njomza Emini, Leiterin des Kosovarischen Paralympischen Komitees des Kosovo.

Die Mini-Olympics bieten nicht nur Gelegenheit, sich mit anderen zu messen, sondern auch neue Freunde zu gewinnen, Erfahrungen auszutauschen und Neues zu lernen.



Bei einigen Schachpartien saßen Spieler mit und ohne Behinderung einander gegenüber. In diesem Spiel schafft der blinde Spieler trotz seines Handicaps ein Remis gegen seinen sehenden Gegner.



Die Spiele finden in der Stadt Vushtrri/Vučitrn im nordwestlichen Kosovo statt. In diesem Jahr kamen dort am 16. und 17. Juni 450 junge Menschen mit Behinderung und ihre Familienangehörigen zusammen; es wurden Wettkämpfe in Rollstuhllrennen, Korbball, Handball, Sportschießen, Zeichnen, Darts und Schach ausgetragen.

„Wenn Ihr Euch bei diesen Spielen mit Gleichaltrigen – mit oder ohne Behinderung – messt, ist das eine wichtige Botschaft an den ganzen Kosovo, dass Ihr alle sehr wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft seid und Euren Beitrag dazu leistet. Lasst Euch von niemandem etwas anderes einreden!“, so Carsten Twelmeier, Direktor der Abteilung Schutz und öffentliche Sicherheit der OSZE-Mission im Kosovo bei der feierlichen Eröffnung.



Die Spiele beginnen mit dem Rollstuhllrennen, über das die Medien ausführlich berichten. An dem Rennen können Männer und Frauen mit körperlicher Behinderung als Mannschaft teilnehmen. Aus wie vielen Teilnehmern eine Mannschaft besteht, hängt vom Ausmaß ihrer Behinderung ab. Die Mannschaft mit der höchsten Zahl von Teilnehmern, die die Ziellinie überqueren, ist Sieger.

OSZE-Projektmanagerin in Shpresa Muharremi gratulierte den Rollstuhllathleten bei der Siegerehrung der Mini-Olympics.



Das Können und Talent, das die Mini-Olympics-Teilnehmer an diesem Rollstuhl-Korbballmatch zeigen, bringen alle Vorurteile zum Schweigen.

Twelmeier sicherte die weitere Unterstützung der OSZE auch in der Zukunft zu. „Die Mini-Olympics sind ein perfektes Beispiel dafür, dass alles möglich ist, wenn man es sich in den Kopf gesetzt hat und wenn die Gesellschaft aufgeschlossen ist und Unterschiede akzeptiert“, meinte er abschließend.



Hasan Sopa ist nationaler Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei der OSZE-Mission im Kosovo.



Geoff Cole, Stellvertretender Leiter der Delegation des Vereinigten Königreichs, und Andrei Rudenko, Stellvertretender Ständiger Vertreter der Russischen Föderation, bekräftigen auf der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz ihre Unterstützung für die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Olympischen Waffenruhe. Wien, 27. Juni 2012. (UK in Austria: Alle Rechte vorbehalten)

Die OSZE und die Olympische Waffenruhe

London war in diesem Sommer stolzer Gastgeber der Olympischen Spiele und der Paralympics. Das ganze Land ließ sich vom Geist der Spiele animieren, Enthusiasmus beflügelte die Menschen in den Städten des Vereinigten Königreichs, die Austragungsort olympischer Bewerbe waren. Das Vereinigte Königreich stellte nicht nur hochmoderne Sportstätten, einen wunderbaren Olympiapark und ein auserlesenes internationales Kulturprogramm auf die Beine, sondern tat sich mit den nächsten Gastgebern Olympischer Spiele zusammen, um sich aktiv für die Verbreitung der Ideale des Olympischen Friedens in der ganzen Welt einzusetzen.

Die Olympische Waffenruhe geht auf das antike Griechenland zurück und wurde zwischen den Staaten ausgerufen, um den Athleten eine konflikt- und gewaltfreie Anreise zu den Spielen und Heimkehr zu ermöglichen. Bedauerlicherweise steht unsere Welt von heute vor Herausforderungen, die den Olympischen Frieden wichtiger werden lassen, als je zuvor.

Im Oktober 2011 brachten erstmals alle 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN) eine Resolution der Generalversammlung zur Olympischen Waffenruhe ein, die die Wichtigkeit der Einhaltung der Waffenruhe während der Spiele betonte, und für das Ideal eintrat, Sport, Kultur, Bildung und Einbindung der Öffentlichkeit zur Förderung der Konfliktverhütung und der Bedeutung friedlicher Gesellschaften einzusetzen.

Im Juni 2012 erklärte der Außenminister der Russischen Föderation, die 2014 Gastgeber der Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Sotschi sein wird, gemeinsam mit seinem Amtskollegen aus dem Vereinigten Königreich, dass man sich solidarisch für die Förderung der Ideale der Olympischen Waffenruhe einsetzen werde.

Wir sind der Auffassung, dass diese Ideale es wert sind, hochgehalten und gefördert zu werden. In den letzten Monaten waren britische diplomatische Missionen in der ganzen Welt im Dienste ihrer Verwirklichung unterwegs. In Bosnien und Herzegowina finanzierte das Vereinigte Königreich eine Kurzdokumentation zum Thema Olympische Waffenruhe, die von Jugendlichen der verschiedenen Volksgruppen gefilmt und erstmals in Mostar gezeigt wurde. Im Kosovo veranstaltete das Vereinigte Königreich gemeinsam mit örtlichen Ministerien und Kommunalverwaltungen Korbball-Matches. Die gemeinsame Begeisterung für den Sport einte bei diesen Wettkämpfen die aus unterschiedlichen Volksgruppen kommenden Kinder. In Sri Lanka war das Vereinigte Königreich Gastgeber eines paralympischen Tages des Sports für invalide Soldaten, invalide ehemalige Kämpfer der Tamilen-Tiger und invalide Zivilisten. Der Sport wurde

als Mittel der „stillen Diplomatie“ eingesetzt, um ehemaligen Gegnern die Sichtweise des anderen verständlich zu machen, Diversität zu lernen und Integration zu fördern.

Während der Countdown für die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi läuft, die Vorbereitungen für die kompaktesten, modernsten und „grünsten“ Spiele der Geschichte der olympischen Bewegung in vollem Gang sind, bemüht sich Russland darum, die Bedeutung und den Geist des Vermächnisses der Olympischen Waffenruhe zu pflegen und das Interesse der internationalen Öffentlichkeit und deren Engagement für die Ideale der Olympischen Waffenruhe zu fördern. Für Pierre Baron de Coubertin, den Vater der modernen Olympischen Spiele, sollten sie „eine Zeit der Eintracht sein, in der jegliche Unterschiede hinsichtlich Stand, Religion, Politik und Rasse vergessen sind“.

Im Dezember vergangenen Jahres erinnerte der Ministerrat in Wilna daran, dass die OSZE ein Schlüsselinstrument für die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des Konfliktzyklus ist. Daher sind die Ideale der Olympischen Waffenruhe für die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten besonders wichtig und sollten in der Organisation größere Beachtung finden. In diesem Sinne richtete das Vereinigte Königreich am 27. Juni 2012 eine Veranstaltung zur Olympischen Waffenruhe im Rahmen der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz aus. Geoff Cole, Stellvertretender Leiter der Delegation des Vereinigten Königreichs, und Andrei Rudenko, Stellvertretender Ständiger Vertreter der Russischen Föderation, appellierten gemeinsam an die Botschafter, die anhaltende Bedeutung dieser Ideale zu unterstreichen und sie immer wieder zum Thema zu machen. Wir haben die Teilnehmerstaaten auch dazu ermuntert, ein Exemplar der UN-Resolution über die Olympische Waffenruhe zu unterzeichnen und damit ihre Unterstützung zum Ausdruck zu bringen.

Es ist wichtig, dass die Ideale der Olympischen Waffenruhe auch weiterhin bei allen Spielen und in der OSZE Verbreitung finden. Wir hoffen, dass die Teilnehmerstaaten Gelegenheit finden, um mit Hilfe von Sport, Kultur, Bildung und der Einbindung der Öffentlichkeit Unterschiede zu überbrücken, Verständnis zu fördern und Frieden und Stabilität zu unterstützen. Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen sagte: „Wenn Menschen und Nationen hintanstellen können, was sie trennt, wenn sie Harmonie über Feindseligkeit stellen können, wenn sie das wenigstens für die Dauer eines Tages oder einer Veranstaltung schaffen, dann können sie es für immer.“

Dieser Artikel ist ein Beitrag der OSZR-Delegation des Vereinigten Königreichs und der Russischen Föderation.

Konferenzdolmetscher lieben Vortragende, die ihre Redemanuskripte vorab übermitteln

von Javier del Pino



Über die Arbeitsweise von Konferenzdolmetschern weiß man relativ wenig – selbst jene, die ihre Dienste in Anspruch nehmen.



Wie viele Fremdsprachen beherrscht ein Dolmetscher in der Regel?

Gute Dolmetscher haben stets hervorragende aktive Kenntnisse in der Sprache, in die sie übersetzen; möglicherweise sprechen sie aber die Sprache, aus der sie übersetzen, nicht oder nur schlecht (ihre passiven Sprachen). Bei internationalen Organisationen arbeiten Dolmetscher in der Regel aus drei passiven Sprachen in ihre aktive Sprache, die üblicherweise ihre Muttersprache.

Woraus besteht die Dolmetscherausbildung?

Ein Dolmetscherstudium, das mit dem Bachelor abgeschlossen wird, dauert vier bis fünf Jahre. Fachgebiete wie Recht, Wirtschaft, Geschichte, Kunst und Philosophie sind ebenso wichtig wie eine intensive praktische Ausbildung im Konsekutiv- und Simultandolmetschen sowie in Vom-Blatt-Übersetzen. Es gibt auch einjährige postgraduale Master-Programme für Absolventen, die Fremdsprachen bereits gut beherrschen.

„In einer Fremdsprache sagt man, was man sagen kann; in der Muttersprache sagt man, was man sagen will.“

Wie bereiten sich Dolmetscher auf eine Konferenz vor?

Die Arbeit guter Dolmetscher beschränkt sich nicht auf die Zeit, die sie in der Kabine verbringen. Sich auf eine Veranstaltung gut vorzubereiten bedeutet auch, sich über Aktuelles auf dem Laufenden zu halten und mit dem behandelten Thema vertraut zu sein. Im OSZE-Umfeld lesen die Dolmetscher die relevanten OSZE-Beschlüsse und –Dokumente in ihrer aktiven Sprache und legen Listen von Fachbegriffen und Abkürzungen an.

Üblicherweise kommen Dolmetscher schon lange vor Sitzungsbeginn, um in Ruhe die von den Vortragenden vorab übermittelten Redemanuskripte oder andere Dokumente, die die Delegationen für die Sitzung bekommen, zu lesen: Dolmetscher wechseln sich in der Regel nach jeweils einer halben Stunde ab; während der eine Kollege arbeitet, bereitet der andere die nächsten Referate vor oder verfolgt die Diskussion.

Warum möchten Dolmetscher die Redemanuskripte vorab bekommen?

Eine erfolgreiche Dolmetschung ist eine Frage der guten Zusammenarbeit. Wenn Vortragende ihre Redemanuskripte oder andere Unterlagen wie Dias oder Schlüsselbegriffe vorab zur Verfügung stellen, können Dolmetscher leichter verstehen, worauf sie hinauswollen, und ihnen besser folgen.

Wenn Dolmetscher die schriftlichen Unterlagen nicht bekommen, ermüden sie schneller – ist doch die geschriebene Sprache wesentlich komplexer. Dazu kommt noch die Geschwindigkeit, mit der Delegierte üblicherweise vorbereitete Reden vorlesen, da sie sich nicht mehr überlegen müssen, wie sie etwas formulieren.

Man kann von Dolmetschern nicht erwarten, dass sie in Zehntelsekunden einen Text präzise wiedergeben, den ein Fachmann sorgfältig und in aller Ruhe ausformulieren konnte. Aus diesem Grund ersuchen Dolmetscher darum, dass man ihnen die Beiträge vorab in schriftlicher Form zukommen lässt.

Welche Schwierigkeiten können sich beim Dolmetschen ergeben?

Man könnte die Fachterminologie für ein mögliches Problem halten. Für gute Dolmetscher ist das aber so gut wie nie der Fall – außer ein Vortrag enthält Neologismen, die in keinem Wörterbuch zu finden sind.



Ab und zu ergeben sich sprachliche Schwierigkeiten. Vortragende, die nicht in ihrer Muttersprache sprechen, machen bisweilen Aussprache-, semantische oder Syntaxfehler. Gedichte, Sprichwörter, stilistische Mittel wie Wortspiele oder Witze, die ausschließlich in der Kultur des Vortragenden Sinn ergeben, sind mitunter schwer zu übertragen.

Die häufigste Ursache von Schwierigkeiten ist ganz einfach eine schlechte Akustik: Interferenzen mit den Mobiltelefonen der Sprecher; schlechte Tonqualität, wenn die Vortragenden nicht direkt ins Mikrofon sprechen; Hintergrundgeräusche, wenn mehrere Mikrofone gleichzeitig eingeschaltet sind; akustische Rückkoppelungen durch unmittelbar neben dem Mikrofon abgelegte Kopfhörer; Vortragende, die zu nah am Mikrofon sprechen; Geräusche in der Dolmetscherkabine.

Machen Dolmetscher Fehler?

Gelegentlich (in erster Linie, wenn vorab keine schriftlichen Unterlagen übermittelt wurden!) stoßen Dolmetscher auf ein Wort, das sie nicht kennen. In so einem Fall weiß manchmal der Kollege oder die Kollegin, was es bedeutet, und kritzelt es schnell hin. Manchmal ergibt sich die Bedeutung auch aus dem Kontext. Und manchmal – aber das bleibt der Fantasie des Lesers überlassen.

Das Relais-Dolmetschen ist eine mit dem Gesellschaftsspiel „Stille Post“ vergleichbare Variante, die Fehler geradezu provoziert und von der alle Dolmetscherverbände abraten. Beim Relais-Dolmetschen hören Dolmetscher,

die der Sprache des Vortragenden nicht mächtig sind, die Wiedergabe eines Kollegen und übersetzen diese. Bei der OSZE, wo zwei Dolmetscher mit der entsprechenden Sprachenkombination alle sechs offiziellen Sprachen abdecken können, sollte das niemals notwendig sein.

Warum arbeiten Dolmetscher immer nur eine halbe Stunde am Stück? Warum dürfen Sitzungen mit Dolmetschung nicht länger als drei Stunden dauern?

Dolmetschen erfordert höchste Konzentration. Wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass die Konzentration nach einer halben Stunde nachlässt und die Qualität der Dolmetschung leidet. Dolmetscher können auch starke Kopfschmerzen bekommen, wenn sie länger als 30 Minuten durcharbeiten oder eine Sitzung mehr als drei Stunden dauert. Dass Arbeitssitzungen maximal drei Stunden dauern, ist nicht nur bei der OSZE sondern auch bei den Vereinten Nationen und allen anderen internationalen Organisationen gängige Praxis.

Welche Regeln sollten Vortragende auf internationalen Tagungen einhalten, um sicher zu gehen, dass ihre Botschaft richtig übermittelt wird?

Vortragende sollten ihr Mikrofon einschalten und, bevor sie zu sprechen beginnen, überprüfen, ob diese funktionieren. Sie sollten direkt ins Mikrofon und weder zu nahe daran noch zu weit davon entfernt sprechen. Sie sollten in einer angemessenen Geschwindigkeit sprechen. Ihre Kopfhörer sollten so weit wie möglich vom Mikrofon entfernt sein, um Pfeifen und andere Rückkoppelungsgeräusche zu vermeiden. Mobiltelefone sollten ausgeschaltet bzw. stumm geschaltet oder auf Vibration gestellt werden.

Sie sollten – wann immer dies möglich ist – frei sprechen und vorbereitete Vorträge nicht ablesen. Wenn sie dies dennoch tun, sollten sie vorab eine Kopie an die Dokumentenverteilung oder den Dolmetscherdienst übermitteln.

Sind Dolmetscher unentbehrlich? Sind die Kosten für die Dolmetschung gerechtfertigt?

In einer Fremdsprache sagt man das, was man sagen kann. In der Muttersprache sagt man das, was man sagen will. Können wir in Krisenzeiten auf Dolmetscher



verzichten und somit sparen? Natürlich ist das möglich. Wir könnten genauso gut auf sie verzichten wie auf Vertreter aller anderen Berufe, aber dann wäre die Welt wohl nicht das, was sie heute ist.

Loreto Bravo war viele Jahre Leiterin des Konferenzdienstes der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW). Bei deren Gründung 1997 in Den Haag meinte ihr Vorgesetzter, ein Diplomat, die Dolmetschungskosten seien nach Ansicht der Delegationen zu hoch, und fragte sie, was sie von dem Vorschlag eines Delegierten halte, zur Senkung der Kosten angehende Dolmetscher heranzuziehen. Loreto antwortete ihm, dies sei eine gute Idee, allerdings sollten dann die Delegationen der Vertragsstaaten auch Diplomatiestudenten in ihre Reihen aufnehmen. Nach Übermittlung

dieser Antwort an die Delegationen nahm man dann offensichtlich von dieser Idee Abstand.

Eine Studie der Europäischen Union über die Kosten ihrer Dolmetscher- und Übersetzungsdienste ergab, dass bei mehr als 11.000 Sitzungen im Laufe eines Jahres die jährlichen Kosten des Dolmetscherdienstes – des größten weltweit – pro EU-Bürger 0,21 €* betragen.

Javier del Pino ist Spanisch-Dolmetscher und arbeitet in der Wiener Hofburg für die OSZE. Das ist eine Zusammenfassung seines 12-seitigen Artikels; die Langfassung des spanischen Originaltexts ist auf www.javierdelpino.com abrufbar.

* http://ec.europa.eu/dgs/scic/about-dg-interpretation/index_es.htm

OSCE Neubestellungen



Iwo Petrow aus Bulgarien wurde am 9. Juli 2012 zum Leiter des OSZE-Zentrums ins Aschabat bestellt. Der Berufsdiplomat war von 2009 bis 2012 Botschafter in Deutschland. Von 1993 bis 1998 und von 2002 bis 2005 war er Leiter der bulgarischen Delegation bei der OSZE und anderen internationalen Organisationen in Wien und führte während des Amtierenden Vorsitzes Bulgariens den Vorsitz im Ständigen Rat der OSZE. Er nahm an den Folgetreffen der OSZE von 1977 bis 1978 in Belgrad und von 1980 bis 1981 in Madrid teil. Botschafter Petrow hatte auch mehrere leitende Funktionen bei den Vereinten Nationen inne, er war in Georgien Stellvertretender Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs und von 2005 bis 2009 Stellvertretender Leiter der Beobachtermission der Vereinten Nationen, in Tadschikistan Stellvertretender Beauftragter des UN-Generalsekretärs und Leiter der Beobachtermission der Vereinten Nationen und von 1999 bis 2002 Leiter des Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung.



Madina Dscharbussynowa aus Kasachstan trat am 18. Juli 2012 ihren Posten als OSZE-Projektkoordinatorin in der Ukraine an. Von 2003 bis 2012 war sie Sonderbotschafterin im Außenministerium von Kasachstan und von 1999 bis 2003 Ständige Vertreterin Kasachstans bei den Vereinten Nationen. Von 1998 bis 1999 war sie Stellvertretende Außenministerin Kasachstans, nachdem sie von 1995 bis 1999 im Außenministerium die Abteilung für multilaterale Beziehungen und internationale Organisationen geleitet hatte. Während des kasachischen OSZE-Vorsitzes 2010 leitete sie die Gruppe zur menschlichen Dimension des Vorsitz-Arbeitsstabes. Botschafterin Dscharbussynowa setzte sich als Mitglied des UNIFEM-Beirats, des Büros der Kommission der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und des Internationalen Senats von SOS Kinderdorf in Wien für die Förderung der Menschenrechte und Gendergleichheit ein.



Jean-Claude Schlumberger aus Frankreich tritt am 1. Oktober 2012 sein Amt als Leiter der OSZE-Mission im Kosovo an. Ehe er zur OSZE kam, war der Berufsdiplomat von 2009 bis 2012 als französischer Botschafter in Skopje. Botschafter Schlumberger hatte auch schon Dienstposten in Deutschland, Algerien, den Vereinigten Staaten, Laos und Haiti inne. Von 2006 bis 2009 war er dem Generalinspektorat des Außenministeriums zugeteilt. Er bekleidete weitere leitende Funktionen im Ministerium, darunter in der für die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen zuständigen Abteilung, und diente den Außenministern Hervé de Charette (1996) und Alain Juppé (1993) als Kabinettschef.

osce.org/library
e-mail: oscemagazine@osce.org

OSZE Organisation für Sicherheit
und Zusammenarbeit in Europa